

## Die Einigung von Genf.

Abzug der Militärkontrollkommission in sechs Wochen. — Briand droht mit Rücktritt. — Poincaré muß nachgeben.

Genf, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.)

Am Sonntag wurde in Genf über das Ende der Militärkontrolle in Deutschland nach zwei längeren Ministerbesprechungen eine endgültige Vereinbarung erzielt, und zwar in dem Sinne, daß die internationalen Kontrollinstanzen mit dem 31. Januar 1927 Deutschland verlassen. Die Verständigung wurde in einem Protokoll niedergelegt. Es lautet:

„Im Verlauf einer Besprechung, die am 12. Dezember 1926 in Genf zwischen den Vertretern der Regierungen von Deutschland, Belgien, Frankreich, England, Italien und Japan über die vor der Interalliierten Militärkontrollkommission und der Völkervertragskonferenz noch schwebenden Fragen stattgefunden hat, ist zunächst mit Genugtuung festgestellt worden, daß über den größten Teil der über 100 Fragen, die zwischen den genannten Regierungen im Juni 1925 über die Ausführung der militärischen Bestimmungen des Vertrages von Versailles strellig waren, eine Verständigung erzielt worden ist. Nur über zwei Fragen steht die Verständigung noch aus, aber alles berechnigt zu der Hoffnung, daß auch diese beiden Fragen geregelt werden können, denn es ist folgendes vereinbart worden:

1. Die diplomatische Erörterung über die Frage der Festlegung und des Kriegsmaterials wird von der Völkervertragskonferenz fortgesetzt werden. Es werden neue Vorschläge gemacht werden, um die Erörterung zu fördern und ihren Abschluß zu erreichen.

2. In der Zwischenzeit, bis zur Erzielung einer Lösung, werden alle in Rede stehenden Arbeiten an den Festlegungen eingestellt, unbeschadet des Rechts der Parteien, ihren Rechtsstandpunkt aufrechtzuerhalten.

3. Die Interalliierte Militärkommission wird am 31. Januar 1927 aus Deutschland zurückgezogen. Von diesem Tage an findet Artikel 213 des Friedensvertrages nach Maßgabe der vom Völkervertragsrat gefassten Beschlüsse Anwendung.

4. Wenn an diesem Tage die bezeichneten Fragen wider Erwarten eine gütliche Lösung noch nicht gefunden haben sollten, werden sie an den Völkervertragsrat gebracht.

5. Für alle Fragen, die mit der Ausführung der erzielten und der noch zu erzielenden Lösungen zusammenhängen, kann jede der in der Völkervertragskonferenz vertretenen Regierungen ihrer Botschaft in Berlin einen technischen Sachverständigen attachieren, der geeignet ist, mit den zuständigen deutschen Behörden ins Benehmen zu treten.

Deutschland vertritt zu Punkt 4 die Auffassung, daß ein Appell an den Völkervertragsrat nur in Rechtsfragen stattfinden kann. Falls der Rat selbst eine Lösung nicht zu finden vermag, muß er über die strittigen Punkte ein Rechtsgutachten des Haager Gerichtshofes einholen.

Der Sonderkorrespondent des Soz. Pressedienst in Genf schreibt zu dem Abschluß der dortigen Beratungen u. a.:

Der Optimismus Briands, auf den wir vor zwei Tagen hingewiesen haben, hat recht behalten: Man ist „über den Berg hinüber“, aber die Stunden, die hinter uns liegen, waren in gewissen Augenblicken kritisch, ja kritischer als selbst den aufmerksamsten Pressenotizierern sichtbar wurde. Was im Laufe der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag zwischen dem Hotel des Bergues, in welchem die französische Delegation wohnt, und dem Pariser Finanzministerium, in dem das französische Kabinett versammelt war, sich abgespielt hat, war wahrscheinlich dramatischer, als was die Verschleierungskunst Briands erkennen ließ. Der ernste, fast melancholische Ausdruck im Gesicht des französischen Außenministers während der Rede, die er im Völkervertragsrat hielt, anlässlich der Beglückwünschung zum Nobelpreis, war allerdings allgemein stark aufgefallen; und doch konnte Briand zu jener Stunde noch nicht wissen, was in der zweiten Nachmittagsitzung des französischen Kabinetts beschlossen worden war.

Nach allem, was informierte Franzosen erzählen, hat Briand seine Kollegen in Paris nicht im Zweifel darüber gelassen, daß er einen Versuch, seine französisch-deutsche Annäherungspolitik zu durchkreuzen, mit der Demission beantworten würde, und daß er diesmal Genf nicht verlassen wolle, ohne das Datum für die Abberufung der interalliierten Militärkontrollkommission endgültig festgelegt zu haben. Dasjenige Kabinettsmitglied, das beruflich schien, in der Abwesenheit Briands der Hauptverantwortung seiner Politik zu sein gegenüber den Angriffen der Herren Tardieu und Louis Marin (die sich nach allem, was hier verlautet, unverföhnlicher zeigten als der Ministerpräsident Poincaré), nämlich Herriot, wohnte den Kabinettsitzungen am Sonnabend nicht bei, da er schon morgens nach Lyon abgereist war, dessen Bürgermeister er ja ist. Trotzdem hat schließlich der Ministerrat Briand gewisse Vollmachten gegeben, die ermöglicht haben, daß am Sonntag nach vielstündigen Verhandlungen unter Chamberlains Vorsitz die Einigung erreicht wurde. Gemässigen Anregungen, die in letzter Stunde aus Paris kamen, die Festlegung des Datums für die Abberufung der interalliierten Militärkontrollkommission der Völkervertragskonferenz zu überlassen, hat die französische Delegation, deren zwei führende Mitglieder Briand und Paul Boncour die ent-

scheidende Verantwortung tragen, glücklicherweise nicht stattgegeben. „Wenn man mich zwingen will, vor's Land zu treten, nun, so bin ich bereit dazu: vor Wahlen und dem Spruch des französischen Volkes fürchte ich nicht, im Gegenteil!“, erklärte Briand am Sonntag, als er von der ersten Sitzung zurückkam. Herr Stresemann dürfte wohl das gleiche vom deutschen Volke sagen, allen Reden des Herrn Dr. Scholz über die Notwendigkeit des Bürgerblods zum Trotz.

### Heimreise der Delegationen.

Genf, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Die einzelnen Delegationen verlassen heute mittag bzw. gegen abend wieder Genf. Briand beabsichtigt heute abend in Paris einzutreffen. Dr. Stresemann wird am Dienstag in Berlin sein.

### Das Genfer Ergebnis.

Die achtstägigen Genfer Verhandlungen haben mit einem Kompromiß geendet. Im großen ganzen befriedigend für Deutschland ist die Umgestaltung der Völkervertragsaufsicht ausgefallen; dafür sind die Verhandlungen über die Beendigung der Militärkontrolle nicht ganz so erfreulich ausgegangen.

Die deutschen Einwendungen gegen die einseitigen Beschlüsse, die der Völkervertragsrat vor Deutschlands Eintritt hinsichtlich der künftigen Kontrolltätigkeit des Völkervertragsrat gefaßt hatte, sind größtenteils berücksichtigt worden: Die Völkervertragskommission wird keinen stabilen Charakter tragen; sie wird nur von Fall zu Fall auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses des Rates, an dem Deutschland mitwirkt, in Tätigkeit treten; ihre Aufgabe wird in jedem einzelnen Fall vorher genau begrenzt werden, und schließlich werden ihr keine Befugnisse zustehen, die der bestehenden deutschen Gesetzgebung widersprechen. So werden ihr zum Beispiel unmittelbare Nachforschungen bei deutschen Privatpersonen unter Umgehung der zuständigen deutschen Amtsstellen nicht gestattet sein. Die Teilnahme deutscher Vertreter an der Nachforschungskommission für Deutschland ist zwar nicht erreicht worden, sie wäre aber auch nicht sehr logisch gewesen. Dagegen kann ein Deutscher Mitglied der Nachforschungskommission für Oesterreich, Bulgarien oder Ungarn werden. Man hatte deutscherseits erstrebt, daß der Vorsitzende der Völkervertragskommission für Deutschland nicht gerade ein Franzose sein würde — ursprünglich war der General Desforges, stellvertretender Chef des französischen Generalstabes, für diesen Posten in Aussicht genommen — jetzt ist

ein anderer Franzose, der General Baratier, bestimmt worden. Es ist durchaus unerfreulich, daß kein neutraler Offizier diesen Posten übernimmt; allein ein Neutraler würde die Aufsichtspflicht des Völkervertrags in internationalem Geiste durchführen. Immerhin steht einer späteren Berufung neutraler Offiziere nichts im Wege. Die Frage wäre auch unwichtig, wenn man die Sicherheit hätte, daß eine Entsendung von Militärkommissionen des Völkervertrags nach Deutschland nicht provoziert wird.

Die Verhandlungen über die Interalliierte Militärkontrolle sind weniger günstig ausgefallen. Während man berechtigt war, anzunehmen, daß sie sofort zurückgezogen werden würde, verbleibt sie bis Ende Januar 1927 in Deutschland. Wir werden die Anwesenheit dieser unerwünschten Gäste auch noch weitere sechs Wochen vertragen können, wenn wir sie schon sechs Jahre vertragen haben. Daß die Militärkommission nicht schon längst abberufen wurde, war nicht nur, wie von deutscher Seite immer wieder mit selbstgefälliger Unschuldsmiene beteuert wurde, dem bösen Willen der Gegner zuzuschreiben. Auch deutsche Stellen, das muß heute mit aller Entschiedenheit gesagt werden, tragen daran ihr gerütteltes Maß an Schuld: Daß wir französische und englische Offiziere soziale Jahre hindurch in der Reichshauptstadt und in anderen deutschen Städten dulden mußten, ist nicht zuletzt ein „Verdienst“ des Herrn Geßler, seiner Reichswehrgeneräle und der von ihnen protegierten rechtsradikalen Verbände.

Die beiden noch ausstehenden Entwaffnungsfragen sind Auslegungssfragen, die vor ein Schiedsgericht gehört hätten. Bei dem Streit um die Festung Königsberg handelt es sich um den Art. 186 des Versailler Vertrages: „Das System der befestigten Werke an der Süd- und Ostgrenze Deutschlands verbleibt im gegenwärtigen Zustande“. Diese Bestimmung ist von deutscher Seite dahin ausgelegt worden, daß eine Anpassung an die Fortschritte der Militärtechnik erlaubt sei; es sind insbesondere Betonunterstände in Form von Nestern gebaut worden. Die Gegenseite bestreitet Deutschland „das Recht hierzu in aller Form“, wie es Banderolde ausdrückte. Auch die Frage der Ausfuhr von Kriegsmaterial ist eine, die vorwiegend von sachverständigen Juristen zu entscheiden wäre. Es ist bedauerlich, daß es noch nicht gelungen ist, die Politik aus der Entscheidung auszuscheiden. Zunächst sollen die Verhandlungen hierüber mit der Völkervertragskonferenz weitergehen, erst wenn keine Einigung erzielt wird, der Rat des Völkervertrags damit befaßt

## Die Ausführung des Schundgesetzes.

Schwere Gefahren für das Verlagswesen.

Mit außerordentlicher Geschäftigkeit hat das Reichsinnenministerium die Ausführungsbestimmungen zu dem Schund- und Schmutzgesetz fertiggestellt und dem Reichsrat übergeben. Wenn Herr Kütz nur halb so viel Eifer entfalten würde, um im Reiche ein einheitliches Recht durchzuführen und die Benachteiligung der Republikaner durch reaktionäre Mächenschaften zu beseitigen, dann würde er sich als Demokrat zweifellos ein größeres Verdienst erwerben. An den vorliegenden Ausführungsbestimmungen des Schundgesetzes zeigt sich jedenfalls bereits wieder, daß man in ganz ausgedehntem Maße partikularistischen Bedürfnissen Rechnung tragen will. Andersfalls wäre es ganz unverständlich, weshalb die Zuständigkeit der Prüfstellen in einer Art geregelt wird, die allen sonst geltenden Rechtsauffassungen Hohn spricht. Während sonst nämlich normalerweise das Gericht zuständig ist, in dessen Bereich der Beklagte seinen Wohnsitz hat oder die Straftat begangen ist, soll nach den Ausführungsbestimmungen des Schundgesetzes nicht diejenige Prüfstelle maßgebend sein, in deren Gebiet der angeschuldigte Verlag seinen Sitz hat, sondern der Wohnort des Antragstellers entscheidet darüber, vor welcher Prüfstelle die Anzeige zur Verhandlung kommt. Finden sich an mehreren Stellen des Reiches Anheber, so wird diejenige Prüfstelle mit der Entscheidung befaßt, in deren Bereich die erste Anzeige erfolgt ist. Man kann sich danach ungefähr vorstellen, welches Wettrennen die berufsmäßigen Anstoßnehmer entfalten werden, um zu verhindern, daß eine in Berlin erschienene wirkliche oder angebliche Schund- oder Schmutzschrift vor der Münchener Prüfstelle zuerst zur Verhandlung kommt. Diese Bestimmung ist unbedingt abzulehnen.

Eigenartig ist auch die Regelung des Beschwerde-

verfahrens in bezug auf seine Wirkung für Autoren und Verleger. Ein Einspruch gegen die Entscheidung einer Prüfstelle, die irgendein Buch auf die Schund- und Schmutzliste gesetzt hat, ist nämlich von verschiedener Bedeutung, je nachdem, ob dieser Einspruch vom Reiche oder von einer Landesregierung oder wenn er durch den Verleger oder Autor erfolgt. Im ersten Falle wird das Buch vorläufig nicht auf die Schund- und Schmutzliste gesetzt und diese Bestimmung ist zwingend. Weibet sich dagegen nur der Verleger oder der Autor, so kann lediglich die Achtung der betreffenden Schrift unterbleiben. Die Prüfstelle kann also willkürlich verfahren. Das bedeutet eine schwere Gefahr für das Verlagswesen und für die Meinungsfreiheit der Autoren. Denn selbst, wenn man das Interesse des Reiches oder des Staates annimmt, gute Literatur vor willkürlicher Beschränkung zu schützen, so wird es schon meist infolge Ueberlastung der fraglichen Behörden unmöglich sein, eine Art fortlaufende Gegenkontrolle der Prüfstellen einzurichten und bei den einzelnen Landesregierungen jede Schrift untersuchen zu lassen daraufhin, ob sie als Schund und Schmutz anzusehen ist, oder ob sie lediglich bei besonders „empfindlichen“ Gemütern Anstoß zu erwecken geeignet ist. Die Wirkung der Beschwerde wird also verschieden sein, je nachdem, ob es einem Verlag gelingt, eine Landesregierung für seinen Fall zu interessieren oder nicht. Deshalb sollte unter allen Umständen grundsätzlich die Beschwerde mit ausschließender Wirkung verbunden sein. Andernfalls werden sich auch Reibungen zwischen den einzelnen Landesprüfstellen nicht vermeiden lassen, wie wir sie ähnlich beim Fall Potemkin und bei anderen Anlässen erlebt haben. Die Staatsautorität kann bei einer derartigen Rechtsausübung keineswegs gewinnen.



werden. Aber nach dem dort üblichen Verfahren würden die beiden Streitfragen dann juristischen oder fachverständigen Körperlichkeiten vorgelegt werden. So hat wenigstens das Genfer Kompromiß den Weg zu einer schiedsrichterlichen Lösung nicht versperrt, die den Konflikt allein dem Kampf des Prestiges und der Machtpolitik entziehen kann.

Die Frage der Rheinlandräumung ist in Genf diesmal offiziell nicht angeschnitten worden. Sie ist und bleibt für Deutschland das weitaus wichtigere Problem. Sie ist sogar das deutsch-französische Friedensproblem schlechthin. Daß sie auf der nächsten Ratstagung zur Erörterung gelangen wird, das geht schon aus der Stelle des geistigen Beschlusses indirekt hervor, wonach eine spezielle Kontrolle der Rheinlandzone künftigen direkten Abmachungen zwischen den Rheinpalmtmächten vorbehalten bleiben soll. Das bedeutet mit anderen Worten, daß die Befugungsmächte bereit sind, über die vorzeitige Räumung mit Deutschland zu verhandeln, jedoch für diesen Fall ein besonderes Kontrollsystem auf dem linken Rheinufer mit Deutschland zu vereinbaren beabsichtigen.

Diese Frage wird die wichtigste außenpolitische Aufgabe der Reichsregierung in den nächsten Monaten darstellen. Ihre Behandlung und ihre Lösungsmöglichkeiten hängen offensichtlich eng mit der künftigen innerpolitischen Entwicklung Deutschlands zusammen. Ein Deutschland des Bürgerblocks, wie es die Herren Westarp und Scholz anstreben, bietet keine Garantie für eine im deutschen Interesse liegende Lösung dieser großen Friedensfrage. Die einzige Sicherheit dafür, daß Deutschland stetig den europäischen Weg der Befriedung aufwärts geht, bietet eine von der Sozialdemokratie verbürgte Außenpolitik. Die Genfer Verhandlungen der letzten acht Tage haben gezeigt, daß der Weg noch hindernisreich ist. Sie haben von neuem bewiesen, daß es eine Gemeinschaft derer gibt, die voll guten Willens über die Grenzen zusammenarbeiten. Der Ausgang des Kampfes, den Briand gegen Poincaré erfolgreich in den letzten Tagen geführt hat, zeigt wieder die Macht des internationalen Friedensgedankens.

## Mittelständler-Praktiken.

### Von der Tagung der Mittelständlerpartei.

Auf dem Reichsparteitag des Deutschen Mittelstandes, der am Sonntag in Berlin stattfand, zeigte sich deutlich, daß den Mittelständlern seit ihren Erfolgen in Sachsen der Kampf sehr geschwollen ist. In der programmatischen Entschließung bekennt sich die Mittelständlerpartei zum Gedanken des Bürgerblocks, lehnt aber die bürgerlichen Einheitslisten ab, weil sie geeignet seien, „weite bürgerliche Kreise ins Lager der Nichtwähler und Sozialisten zu bringen“. Dagegen seien Listenverbindungen mit bürgerlichen Parteien, wo immer möglich, zu unterstützen.

Aus dieser Entschließung geht hervor, daß die Mittelständlerpartei im Gegensatz zu den Interessen weiter Kreise des arbeitenden Mittelstandes auch fernerhin die Reaktion parlamentarisch unterstützen will, ihren Wählern gegenüber jedoch das nicht aussprechen mag. Daher lehnt man die Blocklisten ab, um erst dann eine Bürgerblockpolitik zu treiben, wenn die Wahlen zu Ende sind. Mit der bürgerlichen Mehrheit werden so die Mietserhöhungen im Interesse der Hauseigentümer und ähnliche Maßnahmen durchgeführt, die kleinen Sondergruppen des sogenannten Mittelstandes auf Kosten der übrigen Gewerbetreibenden Parteien bringen. Den Beamten verspricht man goldene Berge, während man gleichzeitig die Politik der Mietserhöhung und der Verknappung der öffentlichen Mittel betreibt, die in Wirklichkeit die Besserstellung der Beamten verhindern.

Derartige Praktiken verdienen niedriger gehängt zu werden, damit endlich die irreführenden kleinen Gewerbetreibenden und die übrigen Gruppen, die sich zur Mittelständlerpartei bekennen, sehen, woran sie sind.

## Junge Bühne.

### „Die Krönung Richards III.“ von Hans Henny Jahnn.

Elisabeth, Witwe des Britenkönigs Eduard IV., liebt es, zur Nacht die Pagen in ihr Schlafzimmer einzuladen. Die Knaben tun ihre Untertanenpflicht bis zur Erschöpfung. Elisabeth belohnt den einen Pagen, indem sie ihn kitzelt, den anderen läßt sie im zweiten Pagen vergiften. Da mischt sich Herzog Richard von Gloster ein, indem er den Jungen erdolcht. Nun überredet Richard trotz seiner abstoßenden Hässlichkeit die Königinwitwe, daß sie ihn an ihre Seite zum Thron hinaufhebt. Kaum sind Richard und Elisabeth handels- und herzenseinig, als Richard III. von England den Gedanken nicht mehr ertragen kann, daß die beiden Söhne seiner Gattin heranwachsen und ihm die Krone streitig machen könnten. Also befehligt er die Prinzen, indem er sie lebendig in einem niemals mehr zu sprengenden Marmorfarge begräbt. Richard aber klagt Gott an, daß er die Menschen nur als Beweismittel für die irdische Verkommenheit der Welt erschuf.

Hans Henny Jahnn handhabt diese ziemlich massiven Scheußlichkeiten so virtuos, wie ein Schwergewichtsmechaniker seine Zentnergewichte. Er hat ein bürgerliches Drama geschrieben, er hat eine Medea dramatisiert, er hat schon vor einigen Jahren aus der englischen Chronik diese „historische Tragödie“ herausgeschliffen. Antike, Mittelalter und Gegenwart sucht er nach den interessantesten Fällen der Sozialpathologie ab.

Seine Weltanschauung klammert sich an den Glauben, unser lebendiges Leben und auch der Mythos und die Weltgeschichte sind nur so zu betrachten, daß an den Tag kommt, unter welchen günstigen oder ungünstigen Bedingungen der Lebensakt der Hauptpersonen zustande kam, und welche unangenehmen oder erfreulichen Folgen daraus entstanden. Verwechsel, verwechselt das Mordmesser, das ist nach der Religion Jahnn's die hauptsächlichste Folgeerscheinung aus allem Weltgeschehen. Das ist zunächst eine sehr bedrückende Moral, die aus jeder Weltgeschichte abgeleitet wird. Doch die Angst mildert sich und sie weicht bald dem Wachen, wenn entdeckt wird, daß ihr Entdecker etwas kindisch als Richter der Weltgeschichte amtiert.

Trotzdem ist Jahnn ein begabter, ja unter seinen Altersgenossen hervorragender Streiter um das dichterische Wort. Sein dramatischer Stil ist inspiriert durch beste Vorbilder, durch das antike griechische Drama und durch jenen Shakespeare, der alle Zeit den dramatischen Volksmenschen imponierte. Der andere Shakespeare, der abgeklüftet ist und ein unsterblicher Menschenkenner von märchenhafter Erfahrung, ging dem Dichter noch nicht auf.

Man meint, daß Jahnn die Uebersetzung einer vorhandenen Vorlage auf die Bühne bringt. So sehr hat er sich in diesen pompösen Stil verliebt. Man möchte sagen, er ist auf diesem Gebiet beinahe ein hochoriginaler Nachahmer. Modern, stürmisch oder umstürzend sind solche Begabung und solcher Kunstwille allerdings nicht. Im Gegenteil, der junge Dramatiker ist früh vergriffen, er ist trotz seiner geringen Jahre ein verdorrter Alexander, halb tot, noch ehe er aufblüht. Die Hoffnung bleibt, daß ihn bald eine wirkliche Erleuchtung packt, um ihn gedanklich und künstlerisch vorwärts zu

## Die Sowjetgranaten.

### Kommunisten, die die Wahrheit sagen.

Die „Kommunistische Arbeiterzeitung“, das Organ der Kommunistischen Arbeiterpartei, veröffentlicht einen Artikel „Die Wahrheit über die Sowjetgranaten“. Die „Rote Fahne“ wird darin wegen ihrer ohnmächtigen Versuche, bewiesene Tatsachen abzuleugnen, weidlich verhöhnt. Besonders Spaß macht es dem links-kommunistischen Blatt, daß die „Rote Fahne“ von „Rechtlosen“ des „Vorwärts“ jafelt, während sie selber in die allertüchtigste Lage geraten ist. Uebrigens scheinen Linkskommunisten, die in kommunistischen Versammlungen die Wahrheit zu sagen versuchten, recht unangenehme Erfahrungen gemacht zu haben. Schreibt doch die „Kommunistische Arbeiterzeitung“:

„Seht glauben die frechteligen Moskauer noch die Wahrheit über die Sowjetgranaten und ihre Konsequenzen auf Grund des Faustrechts in Verammlungen totschlagen zu können. Noch glauben sie, daß das drohende Gewitter der proletarischen Empörung sich nicht auf ihren Köpfen entladen wird, wenn sie mit dreister Stirn Landtagsanfragen stellen und die Namen der Schiffe wissen wollen. Doch sie sollen sich sehr getäuscht haben!“

Darf man auch den Einfluß der Kommunistischen Arbeiterpartei, einer Gruppe von Oberkonfusionsräten, nicht überschätzen, so ist doch gewiß, daß eine große Auseinandersetzung im kommunistischen Lager nicht aufzuhalten ist.

## Reichwehrgelder für Sinn-Fein?

### Weitere Angaben des „Manchester Guardian“.

Weitere Enthüllungen des „Manchester Guardian“ (vom 10. d. M.) betreffen zwar nicht mehr die Beziehungen zwischen Reichswehr und Sowjetrußland, wohl aber die Förderung der Sinn-Fein-Bewegung durch das Reichswehrministerium. Danach soll im Jahre 1921 ein Schiff mit Wasser und Munition von den rechtsradikalen Verbänden nach Irland verfrachtet worden sein. Weiter des Unternehmens soll ein deutscher Offizier gewesen sein, der später wegen des Erzberger-Mordes in Haft sah und noch während der Haft die Summe von 300 000 M. vom Reichswehrministerium „für geleistete Dienste“ erhielt, womit diese Waffenlieferung an die irischen Revolutionäre gemeint war.

Soweit der „Manchester Guardian“. Obwohl diese Angaben seit mindestens 48 Stunden den Berliner Stellen bekannt sein müssen, ist eine Äußerung hierzu noch nicht erfolgt. Die Geschichte klingt zwar phantastisch, bei den Rechtsverbänden und bei den leitenden Reichswehrstellen ist aber alles möglich.

Der erwähnte deutsche Offizier kann kaum ein anderer sein als der berühmte Kapitänleutnant a. D. Manfred v. Killinger, der DC-Führer, der wegen Beihilfe zum Erzberger-Mord vor Gericht stand und dessen Standalöser Freispruch nur erklärlich ist, wenn man von Reichs wegen ein Interesse daran hatte, sich sein ferneres schweigesames Wohltun zu sichern.

## Die Wiederaufnahme des Falles Fischenbach.

### Der Antrag des Oberreichsanwalts.

Nachdem das Reichsgericht unter Aufhebung des ablehnenden Beschlusses der 1. Strafkammer des Landgerichts München, die Wiederaufnahme des Verfahrens im Falle Fischenbach für zulässig und begründet erklärt hat, ist nun beim 5. Strafsenat des Reichsgerichts der zu erwarten gewesene Antrag des Oberreichsanwalts eingegangen. Der Oberreichsanwalt beantragt, das Urteil des Volksgerichts vom 20. Oktober 1922 nebst der ausgesprochenen Gesamtsstrafe insoweit aufzuheben, als der Angeklagte Fischenbach wegen vollendeten Landesverrats — Veröffentlichung des Ritter-Telegramms — zur Strafe von zehn Jahren Zuchthaus verurteilt worden ist und das Verfahren auf Kosten der bayerischen Staatskasse einzustellen. Wir wie weiter erfahren, hat sich der Verteidiger Fischenbachs, Rechtsanwalt Dr. Hirschberg, München, dem Antrag des Oberreichsanwalts angeschlossen und zugleich beantragt, die Verurteilung zur Rebenstrafe des Verlustes der bürgerlichen Ehrenrechte

auf die Dauer von zehn Jahren gleichfalls aufzuheben, da sie sich auf die Verurteilung zu zehn Jahren Zuchthaus wegen vollendeten Landesverrats bezogen hat. Es ist nun zu erwarten, daß der 5. Strafsenat des Reichsgerichts in nächster Zeit ohne Hauptverhandlung das Urteil antragsgemäß aufheben und das Verfahren einstellen wird.

## Bergbaufragen im Landtag.

### Gegen die Ueberschichten!

In der heutigen Sitzung des Landtags standen zunächst Bergbaufragen auf der Tagesordnung.

Abg. Osterloh (Soz.) berichtet für den Handelsausschuß zunächst über einen sozialdemokratischen Antrag zu dem Grubenunglück auf der Zeche Oberhausen vom 25. März 1926, der das Staatsministerium ersucht, die bestehenden bergpolizeilichen Bestimmungen zwecks größerer Sicherheit bei Seilfahrten zu ergänzen und auf maschinentechnische Modernisierung der Seilfahrteinrichtungen zu dringen. Der Handelsausschuß empfiehlt diesen und einen ähnlichen kommunistischen Antrag dem Hauptausschuß zu überweisen, um sie dann mit dem Haushalt der Bergverwaltung zu beraten.

Abg. Otter (Soz.) begründet die sozialdemokratischen Großen Anfragen, die Kunststuf verlangen, wieweil Ueber- und Reben-schichten im Ruhrbergbau Verfahren werden. Die Regierung wird gefragt, was sie zu tun gedenkt, um die Bergarbeiter und -angestellten vor dem Zwang, Ueberschichten zu verfahren, zu schützen und ob sie bereit sei, ein bedingtes Verbot der Ueber- und Reben-schichten zu erlassen. Ferner wird der angeforderte Befehlswort über das Revier-Prämienverbot verlangt. Die starke Steigerung der Unfälle im Oberbergamtsbezirk Dortmund ist ein Beweis dafür, wie durch die Ueberanstrengungen die Bergarbeiter beeinträchtigt werden. Während die Bergarbeiter so überlastet seien, gäbe es in Deutschland 1,5 Millionen Arbeitslose und unter ihnen viele Bergarbeiter.

## Zentrum und Personalpolitik.

Der Reichsparteivorstand des Zentrums hat zur Frage der Personalpolitik am Sonnabend einstimmig folgenden Beschluß gefaßt:

„Der Reichsparteivorstand erklärt aus Anlaß von Meinungsverschiedenheiten in der Partei: Die Zentrumspartei hält unerrückbar an der Auffassung fest, daß grundsätzlich gegen die Berufung geeigneter Persönlichkeiten aus dem freien Berufsleben zu leitenden Verwaltungsämtern keine Bedenken bestehen. Sie hält im Gegenteil in Ausnahmefällen die Berufung solcher Persönlichkeiten auch zu hohen Verwaltungsposten für wünschenswert.“

## Bürgerlicher Mischmasch in Lille.

### Die Kommunisten helfen der Rechten gegen die Sozialisten

Paris, 13. Dezember. (WZ.) Im Departement Nord fand gestern die Erziehung für drei verstorbenen Abgeordnete statt, von denen einer der Radikalen Linken (Fraktion Boucheur) und zwei der sozialistischen Fraktion angehörten. Die Liste der Rechten (Fraktion Marin) wurde mit rund 193 000 Stimmen gewählt. Die sozialistischen Kandidaten folgten mit rund 140 000 und die kommunistischen mit rund 65 000 Stimmen.

Dieser Ausgang bedeutet eine Niederlage der Linken, ist aber erklärlich, wenn man weiß, daß die Radikalen beschlossen hatten, mit der Rechten zusammenzugehen und eine gemeinsame Liste aufzustellen. Ein Teil der Radikalen unter Führung von Bocheur hatte zwar diesem Beschluß widersprochen und eigene Kandidaten aufgestellt, aber die Angst vor den Sozialisten war für die bürgerlichen Wähler maßgebend. Die Sozialisten haben sich gegenüber 1924 gut gehalten, denn sie haben nur rund 15 000 Stimmen eingebüßt, was um so anerkannterwert ist, als die Kommunisten, wie immer und überall, die Geschäfte der Reaktion besorgten und ihre ganze Propaganda ausschließlich gegen die Sozialisten richteten. Sie haben dennoch gegenüber 1924 nur 5000 Stimmen gewonnen.

bringen, um ihn besonders aus dieser ganz und gar unsozialen Blutseligkeit herauszubringen.

Die Regie von Martin Korb baute das Drama zu sehr auf spannenden Wirkungen auf. Doch die Spannungen hätten keinen rechten Sinn. Es war eine gekünstelte Dramatik entstanden aus einem gefühltesten Drama. Dabei spielte Walter Frank die pathologische Rolle des Britenkönigs außerordentlich beachtet und taktvoll. Frank dämpfte, was in dichterischem Worte der Lobhaft ausgeliefert wurde. Frau Straub dagegen versuchte allen Grauel noch zu steigern. Sie glaubte, einen Urnigmos des Grauens spielen zu müssen und verlag in diesem Eifer, daß sie etwas ziemlich Hohles bis zur Unerträglichkeit aufdonnerte. Max Hochdorf.

## „Jugend im Mai“. Die „Städtische Oper“ hat einen

Seltenprung gemacht. Dem „Reichsoberband der deutschen Presse“ überließ sie die Erstaufführung der nachgelassenen Operette von Leo Fall. Wertwürdiger Fall. In einer Zeit, die der Monotonie des Jazzes und Fogtrotts schon überdrüssig geworden ist, wäre eine Walfoperette aus dem Jahre 1850 labal genaug, wenn sie über genügend Elemente verfügt, uns ins Biedermeier zurück zu elektrifizieren. Gerade an dieser zündenden Kraft fehlt es dem Buch (von Schanzer und Weis), das schleppend ist auch im lustigen Mittelakt, das sich an den konventionellen Sentimentalitäten festhält und in Romantik, Mailust, Prinzessinnenschwärmerei, Herzweh, Liebe auf den ersten Blick, Mißheißelberg, Rosenbeet und Gartenlaube nur so schwelgt, daß ein Bachschloßberg ganz auf seine Kosten kommt. Diesem Stoff gegenüber verhielt sich das Parquet der Gasse still. Der Erfolg war zweitrangig. Hier fühlte man auch aus einer bloßen Partitur heraus noch die schwingende, melodiefreudige, geschmackvoll melodienbildende Seele eines wertvollen Wiener Musiklers. Eine harmlosigkeits, aber in langsame Walse, im parodierenden Solome-Wied, im Schluß-Terzett noch immer von Niveau. Opernkräfte in die Felsheit und Leichtigkeit der Operette zu zwingen, auch wenn die Kurzwelligkeit erst erzwungen werden muß, ist nicht leicht. Um so höher ist Vatte Schönes muntere und animierende Hannelore zu schätzen. Die Erquickung des Lebens. Margret Fahl-Wallerstein hatte allemal Sonne im Herzen und sang ebenso hübsch, wie sie aussah. Dstolg hatte die Mikmutzüge des Zwergen noch nicht abgelegt, Kandi folgerie großartig und schmalmeisterlich auf dünnen Beinen, und die Mars-Räders trompetete, wie ein rechter Hausdrachen. Frische Chöre, gute Leistung (Gutmann), allzu süße Bühnenbilder (Warga). Jugend im Mai von vorgeferr.

„Matinee“ in der Nacht. Neben der „Jungen Bühne“ und der „Jungen Generation“ hat sich eine neue freie Theatergemeinschaft gebildet, die „Matinee“. Sie machte sich Sonnabend Nacht die Mühe, im Kleinen Theater eine Uraufführung des Dramas „Die Tiere“ von Wilhelm Braun zu veranstalten und bewies damit gleichzeitig, daß sie drei bis vier Jahrzehnte zu spät gegründet ist. Herr Braun, der Verfasser, legt sich mit viel Liebe für die Unterdrückten und Unrechtleidenden ein, und mit heikem Herzen weist er die Zeitgenossen auf Mißstände hin, die das Leben so mit sich bringt. Es handelt sich in dem Stück um die Simenlust und ihre frapante

Auswirkung an einer minderbegabten Dorfmad. Da zeigen sich ländlich-schändliche Bilder von schrecklicher Verworfenheit. Nicht weniger als fünf Männer nähren das Mädchen schamlos aus, was im Drama sehr eingehend und für jeden einzelnen Fall gefordert und sehr realistisch dargestellt wird. Die Verführungsszenen wirken in der Aufführung übrigens äußerst lustig und nicht, wie der Autor gerne wollte, empörend. Als später ein Knecht aus einem anderen Dorf — ein reiner Tor — um die Madg freit, stecken ihm die Ehrenmänner, wie es um ihre Jungfräulichkeit steht und was für eine er da heimzuführen gedenkt. Daraufhin hält er es für ratsam, sich zurückzuziehen und der armen Maria bleibt nur übrig, sich im Dorfteich zu ertränken. Wie sich die Dorfbewohner benehmen, ist eine Gemeinheit und zeugt von scholler Bestimmung. Leider ist dem Verfasser nur entgangen, daß wir das wissen, daß er also mit Inbrunst eine Frage behandelt, die längst keine mehr ist. Dasselbe Mißgeschick ist ihm bei seiner vor kurzem gezeigten „Dirnentragodie“ widerfahren. Nebenbei gesagt, Herr Braun schreibt ein eigenartiges holpriges Deutsch. Unter der Regie von Erich Fisch wurde so wieder gespielt, daß Versuche, die Aufführung durch Weisen zu Fall zu bringen, im Keim erstickten. Dorothea Thiel (die Madg) und Ariur Tänger stellen vollstellige Figuren auf die Beine. Dr.

Jean Richpin, der französische Dichter und Dramatiker ist Sonntag plötzlich an den Folgen einer Influenza im Alter von 77 Jahren gestorben.

Merkwürdigerweise ist Jean Richpin, der es in seinem Heimatlande trotz seiner wilden Vergangenheit zum Mitgliede der Akademie brachte, in Deutschland weniger bekannt geworden. Vielleicht hatte es doch eines seiner Dramen und Romane verdient, überlegt zu werden. Vielleicht noch interessanter als der Dichter war der Mensch Richpin. Er kam von unten auf und hatte als Bager und Schwimmer, als Weltreisender und Abenteurer viel erlebt, ehe er zur Literatur kam. Dieses seltsame Leben hat er selber darzustellen begonnen. Richpin begann als Lyriker; aber seine stark naturalistischen Beilergänge gefielen den Stützeinschwärmern nicht. Sie wurden zunächst beschlagnahmt. Seine „Blasphemien“ brachten ihn ins Gefängnis. Aber inzwischen wurde er durch den Vortrag seiner Verse im Kabarett bekannt und allmählich gesellschaftsfähig. Schließlich war er eine der stadtbekanntesten Pariser Persönlichkeiten.

Neues Autorenrecht in Rußland. Soeben ist in Moskau ein Gesetz über das neue russische Autorenrecht veröffentlicht worden. Der kommunistische Staat, der offiziell kein Eigentum kennt, will damit das Eigentumsrecht der Autoren an ihren Werken anerkennen. Die Schutzfrist ist für den Autor selbst auf 25 Jahre, für die Erben auf 15 Jahre festgelegt. Für Werke, die in Rußland selbst entstanden sind, wird das Autorenrecht sowohl Sowjetbürgern als auch Ausländern verliehen. Ein solches Werk kann aber jederzeit vom Staate zwangsweise erworben werden. Der Staat kann sich gleichfalls zwangsweise das Uebersetzungsrecht sichern. Uebersetzungen genießen gleichfalls den urheberrechtlichen Schutz.

Studenten-Rachos. Die „Deutsche Juristenzeitung“ erlegt ein Preis-ausschreiben für Studierende der Rechtswissenschaften über folgenden Thema: Ist die Schlägermenie für die künftige Selbstheilung und Charakterbildung erforderlich oder zweckmäßig und daher rechtlich zu gestatten oder welche anderen Mittel vermöchten sie zu ersetzen?



## Die Generalführer in der Reichswehr.

Kreß von Kressenstein und die Wittelsbacher.

Die Tatsache, daß der Reichswehrminister in mehr oder weniger bewußter, mehr oder weniger freiwilliger Ohnmacht einer zusammenhängenden Front von Offiziersreaktionären gegenübersteht, wirkt sich selbstverständlich besonders gründlich auch auf dem Pensionierungsgebiet aus. Die Seele der passiven politischen Resistenz innerhalb des Reichswehrministeriums sind die dortselbst prozentual ungebührlich stark vertretenen Generalführer des alten Heeres. An allen irgendwie wichtigen Referenzen oder Kommandeurstellen der Reichswehr sitzen Generalführer, das heißt Leute, die größtenteils während des ganzen Krieges aus dem Sorgenstuhl der hohen Kommandobehörden nicht herausgekommen sind und keine Veranlassung hatten, sich nach der Region des sogenannten Frontschweines zu drängen. Im umgekehrten Verhältnis zu dem geringen Risiko für Leib und Leben, das diese Herren im Kriege zu überdauern hatten, steht die Energie, mit der sie heute ihre finanzielle Sicherstellung zu erreichen wissen.

So rasch, wie heute, sind nicht einmal unter dem autokratischen Regime des kaiserlichen Ministerrats die Generale pensioniert worden. Früher durfte, ehe man mit ihm den Pensionssatz befestigte, ein General in der Stellung des „Kommandierenden“ durchschnittlich vier bis fünf Jahre aushalten. In der Reichswehr geht das doppelt oder dreifach so schnell. Der General von Lohberg hat den General von Berendt vor knapp zwei Jahren ersetzt, jetzt soll Lohberg schon wieder pensioniert werden. 1923 wurde der General von Böhl (trotz nachgewiesenermaßen jahrelang betriebener republikanischer Umtriebe in Bayern) zum Gruppenkommandeur in Kassel befördert. Schon 1924 wurde er durch den General Reinhardt ersetzt. Jetzt soll dieser Herr Reinhardt schon wieder ersetzt werden durch den bayerischen General von Kreß, auch ein Mann, der, im Jahre 1914 als Generalstabschef ausgerückt, den ganzen Krieg über eigentlichen Frontdienst gar nicht gemacht hat. Was ist das Motiv dieser hastigen Pensionierung? Ein ganz simples! Es sollen in einem Prozentsatz, der der Stärke unserer Reichswehr absolut nicht entspricht, möglichst viele Generalführer in die höchste Pensionsklasse der „Kommandierenden Generale“ hineingebügelt werden. Das ist die Ludendorff-Pension mit rund, sage und schreibe, neunzehntausend Goldmark jährlich. Ein jeder dieser hohen Rentnerklienten weiß: Lange darf und kann ich auf dem Posten, auf den mich der Herr Dr. Gehler mit Unterschrift des Herrn Reichspräsidenten hinaufbefördert hat, nicht bleiben — ein bis zwei Jährchen höchstens.

Der blaue Brief ist nicht wie früher eine Bestätigung allmählich eingetretener Gehirnverkalkung oder launehafter Führung im Manöver — sondern nur die Versicherung, daß nun die höchstmögliche Pensionsklasse glücklich erreicht ist. Eine Art stille Vereinbarung — die Ludendorff-Pension, die kann's ja zahlen! Innenpolitisch gehen die mit 19000 Mark pensionierten Generale der Reichswehr ja nicht verloren — sie treten an die Spitze irgendwelcher unentbehrlicher „vaterländischer“ Spitzenverbände. Die Behauptung aber, die ebendiesem so viel kolportiert wurde, daß es dienstlich schädlich sei, wenn ein „höchster Verantwortlicher“ Posten so rasch, alle ein bis zwei Jahre wieder gewechselt werde, ist heutzutage Unsinn geworden!

Was übrigens einen dieser 19000-Mark-Anwärter anlangt: mit vollem Recht ist der Herr von Seedt (der gar noch in die Pensionsklasse der Generalfeldmarschälle hineinkam) zur Ruhe gesetzt worden, nachdem er sich mehr oder weniger passiv in das Unternehmen mit dem preussischen Kronprinzensohne hatte hineindrängen lassen. Der bayerische Landeskommandant Freiherr Kreß von Kressenstein hat es aber nicht anders getrieben. Zwar hat er eine Ausbildung des ältesten Sohnes des ehemaligen Kronprinzen Rupprecht von Bayern demontieren lassen, auf mündlichen Vorhalt sogar besonders abgeleugnet — aber es stand auch mit diesen Dementis nicht anders wie mit allen sonstigen bisherigen Reichswehredementis, mochten sie herkommen von Dr. Gehler selber oder irgendeiner „nachgeordneten“ Stelle. Nach 1924/25 ist der junge Wittelsbacher „Erbsprinz“ Albrecht in München, dann auch in Bamberg systematisch „ausgebildet“ worden. Schwarz natürlich! Noch unter Herrn von Kreß hatte der junge Fant einen „militärischen Begleiter“ — ganz im Stile der alten Hofsprache, den Oberleutnant Schöner des Reichswehrinfanterieregiments Nr. 19. In der Kaserne des Regiments nahm der junge „Brig“ teil an dem von Schörner den anderen Fähnrichen und Fahnenjunkern erteilten Unterricht. Die Reilausbildung erfolgte auf Dienstpferden der Reichswehr oder auf mit dienstlichen Geldern angeschafften Offizierspferden. Der Wittelsbacher ging auch ein und aus in dem sonstigen Zivilisten, besonders Republikanern, streng verschlossenen, mit Reichsmitteln unterhaltenen „Offizierskasino“ der Reichswehr. Der Fall Kreß liegt also noch krasser an sich als der Fall Seedt. Trotzdem: ehe der Mann nicht mit den Steuergroßen der breiten Massen in die Pensionsklasse der „Kommandierenden Generale“ geschoben ist, kann er (so wenig wie irgendein anderer aus der Generalführerclique) — nicht pensioniert werden.

## Sowjetrußlands Freundschaft.

### Attentatsdichthaler bei Vertretern befreundeter Mächte.

Man erinnert sich gewiß noch jener famosen Aktion der sowjetrussischen Staatspolizei (G.P.U., kurzweg Tscheka) gegen die diplomatische, völkerrechtliche und sondervertragslich gesicherte Post des deutschen Konsuls von Batu nach Moskau, die beraubt wurde — natürlich, um ihren Inhalt kennen zu lernen. Es hat ja darüber einen deutschen Protest, dann Verhandlungen und schließlich russisches Bedauern und sogar eine angebliche Genugtuung durch Maßregelung des Schuldigen gegeben. Immerhin reimte sich die Bestrafung gerade deutscher Konsulatspost eigenartig auf Kapalle und die sonstigen Freundschaftsbeziehungen zwischen den Regierungen der beiden Reiche.

Nun scheint aber der Attentatsdichthaler gerade gegen die freundschaftlich verbundene Diplomatie mit diesem einen Fall nicht erschöpft zu sein. Wir erfahren nämlich folgende Parallelaktion:

Der türkischen Mission, die vor einiger Zeit zwecks Durchführung einer Abgrenzung (Delimitation) zwischen Sowjetrußland und der Türkei in Rußland weilte, sind in ihrem Hotel in Batum ihre amtlichen Dokumente gestohlen worden. Der Vorfall wurde der türkischen Mission hatte seine Papiere im Hotel im Koffer zurückgelassen und sich für einige Stunden ins Konsulat begeben. Nach seiner Rückkehr fand er den Koffer aufgebrochen vor, und die Papiere waren verschwunden. Daß dieser Diebstahl aus politischen Gründen begangen wurde, ist dadurch erwiesen, daß Privatpapiere dabei nicht mitgenommen wurden; man beschränkte sich vielmehr auf die amtlichen Dokumente!

Mit der türkischen Regierung steht der Krimi auch in erst jüngst wieder betonter Freundschaft. Betrifft man vielleicht gerade die Freunde, weil man von ihnen doch nichts Unangenehmes zu befürchten braucht?

# Praktische Arbeit der Sozialdemokratie

## Zerstörerarbeit der Kommunisten. — Ein Zeugnis der Gewerkschaften.

Die „Gewerkschaftszeitung“, das Organ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, bringt in ihrer neuesten Ausgabe einen Artikel über die sozialpolitischen Aufgaben des Reichstages. Darin bespricht sie auch die Stellungnahme der einzelnen Parteien zu den Fragen der Sozialpolitik. Ueber die Arbeit der Sozialdemokratie und deren Hemmungen durch die Kommunisten heißt es:

Aus ihrer engen Zusammenarbeit mit den freien Gewerkschaften ist für die Sozialdemokratische Partei die sichere und richtige Stellungnahme in den sozialpolitischen Fragen an sich gegeben. Dieser sichere Kurs hat nie mehr not getan, als in den Zeiten so gewaltiger wirtschaftlicher Umwälzungen, solcher Veränderung der Gesamtsituation der Arbeiterschaft in der Wirtschaft, wie heute. Aber gerade die Sozialdemokratische Partei steht in diesen Fragen nicht nur als Vorkämpferin neuer wirtschaftlicher Ideen den ihre alte Position verteidigenden parlamentarischen Vertretern des Unternehmertums gegenüber, sondern sie muß sich gleichzeitig wehren gegen diejenigen, die bereit sind, ihr bei jedem Vorstoß, den sie im Interesse der Arbeiterschaft unternimmt, in den Rücken fallen. Es ist ja die unheilvolle Rolle der kommunistischen Partei, daß sie nicht nur durch radikale Gebärden in Parlament und Öffentlichkeit die Arbeiterschaft von ihrer wichtigsten Aufgabe, die ihr durch den derzeitigen Stand der wirtschaftlichen Entwicklung gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen, ablenkt, sondern daß sie bewußt und planmäßig sich bemüht, die Ausnutzung aller dieser Möglichkeiten zu verhindern. Sie ist in dem merkwürdigen historischen Irrtum befangen, daß die heutigen politischen und sozialen Errungenschaften der Arbeiterschaft selbstverständliche Gegebenheiten darstellen, für die es sich auch nicht eine Hand zu rühren verlohne, weil sie keine entscheidende Wendung zum Besseren gebracht hätten.

Sie verkennet, daß eine Entwicklung, die nicht weitergetrieben

wird, zurückzinken muß, und sie behauptet sogar, daß es nicht lohne, diese Entwicklung zu fördern. Es ist allerdings sehr zu bezweifeln, ob sie auch die Verantwortung auf sich nehmen würde, wenn das Gebäude der deutschen Sozialpolitik infolge der ununterbrochenen Ministerarbeit eines Tages über dem deutschen Arbeiter zusammenstürzen würde. Aber sie schätzt diese Gefahr eben nicht zu hoch ein, da sie genau weiß, daß die Gewerkschaften ebenso wie die Sozialdemokratische Partei vor den Erfolgen jahrzehntelanger opfervoller Arbeit schützend stehen. Sie kann es sich daher gestatten, sich in dem Reich der Phrase zu verlieren, da das Reich der praktischen Arbeit trotzdem nicht untergeht. Proben dieser Methode haben wir erlebt an den Vorlesungen zum Arbeitsgerichtsrecht und — erst in jüngster Zeit — zum Arbeitszeitgesetz, welche die A.P.D. im Reichstag eingebracht hat.

Wird die Sozialdemokratie so durch die Kommunisten gehemmt, so leiden die Parteien der Mitte, soweit sie ehrlich sich um sozialpolitische Maßnahmen bemühen möchten, unter ähnlichen Hemmungen, die von der Rechten ausgehen. Die „Gewerkschaftszeitung“ macht auf den Widerstand aufmerksam, der darin liegt, daß diejenigen, die am meisten die Notwendigkeit einer engen Verbundenheit der Arbeiterschaft mit dem Vaterland betonen, an den wenigsten geneigt sind, ihre Teilhaberschaft an den Kulturwerten der Nation und Mitverantwortung in der Führung von Staat und Wirtschaft einzuräumen, und fragt schließlich, wann diese Kreise erkennen werden, daß es nicht der Volksoberhöhung und der nationalen Zusammenarbeit dienen kann, wenn jedes Recht des Arbeiters, jede Schulpflicht, jede Unterstützung für die Opfer der Wirtschaft, ja sogar jede Handlung im Geiste der Verfassung nur durchgesetzt werden kann gegen den erbitterten Widerstand der „nationalen“ Schichten.

Der dritte Freund der kommunistischen „Diktatur des Proletariats“, Mussolini, hat zwar bis jetzt über Attentatsdichthaler in Sowjetrußland nicht geklagt, betätigt aber seine Freundschaft nicht nur durch Erschlagen, Einkerkern und Verschicken der italienischen Kommunisten, sondern auch durch Stärkung der rumänischen Rüstung, die sich nach ständiger russischer Behauptung vor allem gegen Rußland richtet. Italien hat 5000 Maschinengewehre nach Osteuropa verkauft, davon einen erheblichen Teil an Rumänien. Der Transport geht über Deutschösterreich, obwohl diesem die Ein-, Durch- und Ausfuhr von Kriegsmaterial im Friedensvertrag verboten ist. Deshalb verschickt man diese Exportware waggonweise als „Orangen und Zitronen“ und stellt auch Kisten damit auf und neben die eigentliche Sendung.

## Turati gerettet!

### Dem Faschistenterror entronnen.

Paris, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Gestern landete bei Calvi auf der Insel Korsika ein kleiner Dampfer, der acht italienische Passagiere an Bord hatte. Unter ihnen befand sich der bekannte Führer der italienischen Sozialistenpartei, Turati, der erklärte, Italien verlassen zu haben, um den faschistischen Verfolgungen zu entgehen.

## Reaktionäre Mordgesandte.

### Die Verfolgung der bulgarischen Flüchtlinge.

Wien, 13. Dezember. (Eigener Drahtbericht.) Abermals wurde in Wien ein Attentat auf einen mazedonischen Revolutionär, Dr. Atanasoff, begangen. Atanasoff ist der Führer der revolutionären föderativen Organisation der Mazedonier und ein Parteigenosse Panizzas, der vor etwa einem Jahre im Wiener Burg-Theater ermordet wurde. Atanasoff wurde von der reaktionären Organisation der Mazedonier, die in Verbindung mit der bulgarischen Regierung steht, verfolgt und soll von dieser zum Tode verurteilt worden sein. Er befand sich am Sonnabend in Gesellschaft eines Freundes, des mazedonischen Revolutionärs Zwanoff in seiner Wohnung, als sich ein Mann als Geschoß oder Trostschiff bei ihm meldete, der gleich beim Eintritt in das Zimmer zwei Schüsse auf die beiden abgab, die jedoch ihr Ziel verfehlten, so daß die beiden Unverwundeten unverteilt blieben. Ein dritter Schuß traf die Wohnungsinhaberin, die zufällig hereinkam. Der Attentäter flüchtete, wurde aber festgenommen und der Polizei übergeben. Er soll Moritz Proschkeff heißen und ein 29jähriger Tanzlehrer sein. Die Organisation, die ihn angestiftet hat, führt angeblich den Namen Umro.

Atanasoff war bis vor zwei Jahren tätiges Mitglied seiner revolutionären Gruppe. Seitdem hat er sich aber politisch nicht betätigt. Deshalb kann man sich das Attentat nur damit erklären, daß die reaktionäre Gruppe das Attentat deshalb beging, weil sie Atanasoff noch für den Führer der revolutionären Gruppe hielt.

Bei der Polizei beschuldigte Proschkeff die beiden anderen, sie hätten ihn zu einem Mord anstiften wollen. Darauf sind Atanasoff und Zwanoff zunächst auch festgenommen, inzwischen aber wieder freigelassen worden. Sie müssen sich jedoch zur Verfügung des Gerichts halten.

## Das Koburg-Panama.

### Die Prager Parlamentsmehrheit deckt den Skandal.

Eine der größten politischen Korruptionsaffären der Tschechoslowakei wurde im Prager Parlament durch das skandalöse Vorgehen der hürgerlichen Parteien getront. Es handelt sich um die Leg Krill, jenes Gesetz, das eigens gemacht wurde, um dem bulgarischen Thronfolger den Riesenbesitz der Koburger in der Tschechoslowakei in die Hände zu spielen. Der kommunistische Abg. Kreibich hatte den derzeitigen Innenminister, den Agrarier Hodza, in einer Parlamentsrede beschuldigt, der Urheber dieses Gesetzes zu sein und aus den Mitteln der Koburgischen Erbschaft die tschechoslowakischen Ministerien mit 2 Millionen Kronen für die Regierungspolitik gewonnen zu haben. Die tschechischen und deutschen bürgerlichen Parteien beschloßen daraufhin, dem Abg. Kreibich wegen Vefleidigung des Ministers eine Klage zu erteilen, ohne daß die von Kreibich erhobenen Beschuldigungen untersucht wurden! Die von den tschechischen Sozialdemokraten beantragte Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Bereinigung der Koburg-Affäre lehnten die Regierungsparteien ab. Damit erweisen sich die bürgerlichen Parteien, die sich auch in der Tschechoslowakei

als Bekämpfer der angeblich von den Sozialisten verschuldeten Wirtschaft aufspielen, als Teilhaber und Schüler der politischen Korruption.

## Die chinesische Nationalbewegung.

### Gewaltige Kundgebung in Hankau.

London, 13. Dezember. (W.T.B.) „Times“ meldet aus Hankau: Bei einer großen Massenversammlung zur Begrüßung des bolschewistischen Regimes der Kantonregierung, General Borodin, waren außer Borodin noch die Frau und der Sohn Sunjatsens und die führenden Minister anwesend. Alle revolutionären Führer hielten Ansprachen. Frau Sunjatsens drückte ihr Mitgefühl mit den Leiden des Volkes von Hankau aus und forderte das Volk auf, die Revolution entsprechend den Prinzipien Sunjatsens zu unterstützen. Auch die anderen Redner forderten zur Unterstützung der Nationalisten auf. Borodin, der Hauptredner, führte u. a. aus, die Revolution sei halb geglückt. Aber es gebe noch eine große Aufgabe zu erfüllen, nämlich das ganze Land unter einer bolschewistischen Regierung (so läßt ihn die „Times“ sprechen; der nächste Satz beweist schon, wie er wirklich redet, Red. d. B.) zu vereinigen und dadurch bessere Finanzen, bessere Bezahlung der Arbeiter, weniger Steuern und einen besseren Handel zu erlangen. Die nationale Regierung wolle mit chinesischem Kapital Eisenbahnen bauen, den Handel entwickeln, das Papiergeld und die fremden Banknoten abschaffen usw. Er forderte die Arbeiter auf, ihre Verbände mit Unterstützung der nationalen Regierung zu konsolidieren. Die Volksmenge erklärte sich auf die Aufforderung Borodins durch Aufheben der Hände einstimmig für die Unterstützung der Revolution. Borodin sagte, diese Unterstützung werde es der Regierung ermöglichen, die „einseitigen Verträge“ zu beseitigen, die Schuld an der chinesischen Armut seien. Die Nation müsse sich von der Unterdrückung durch fremde Imperialisten frei machen. Im ganzen wurden 33 Reden gehalten, von denen 28 ausgeprochen englischfeindlich waren. Die Teilnehmer an der Versammlung, die im übrigen in voller Ordnung verlief, werden von der einheimischen Presse auf 300 000 geschätzt.

### England verhandelt mit der Kantonregierung.

London, 13. Dezember. (W.T.B.) Der Sonderberichterstatter der „Daily Mail“ in Hankau meldet, der britische Gesandte Lampton und der Kantonaußenminister Tschan hätten am Sonntag eine neue Unterredung gehabt. Lampton werde bis Donnerstag in Hankau bleiben. Die bolschewistischen Agenten, unter ihnen Jakob Borodin, der als Befreier des chinesischen Volkes im Eingeborenenquartier gefeiert werde, bemühten sich eifrig, ein freundschaftliches Uebereinkommen zwischen Großbritannien und der Kantonregierung zu hintertreiben.

## Deutsche Richter anderer Art.

### In Deutschösterreich.

Gewiß erlaubt auch die längste Serie von Reichsbannerprozessen auf der einen und Stahlhelm nichtprozessen auf der anderen Seite — um nur diese eine Gegenüberstellung zu machen, wo man eine ganze Anzahl herzeigen könnte! — noch nicht, alle deutschen Richter in einen Topf zu werfen; aber es läßt sich nicht leugnen, daß die vielen prominenten Fälle reaktionärer Tendenz, die dem deutschen Richtertum als solchem längst einen ganz bestimmten Ruf in der Welt verschafft haben, da fordert die Gerechtigkeit, darauf aufmerksam zu machen, daß auch die Richter der Republik Deutschösterreichs deutsche Richter sind — zum großen Teil aber wirklich nicht verdienen, so angesehen zu werden wie der deutsche Richter gemeinhin, durchschnittlich und fälschlich verallgemeinernd angesehen wird.

In Krumpendorf bei Klagenfurt in Kärnten hatte eine Anzahl „Heimatschützer“, darunter ein Großgrundbesitzer und Bürgermeister, ein Fabrikdirektor usw., öffentliche Gewalttätigkeit und Erpressung gegen einen armen Schuster begangen, dessen Wohnung der heimatschützerische Hausbesitzer für sich haben wollte. Die Klagenfurter Gerichte hatten die Täter freigesprochen. Auf Klagebeschwerden (Revisionsanträge) der Staatsanwaltschaft hatte jedoch der Oberste Gerichtshof in Wien diese Urteile aufgehoben und die Fälle zur neuen Verhandlung vor den Gerichten in Graz verwiesen, womit dem Klagenfurter Gericht von der höchsten Instanz bescheinigt wurde, daß in seine Unparteilichkeit festes Vertrauen nicht gesetzt werden könne. In Graz erfolgte nun Verurteilung.

Solch ein Fall von Rechtsprechung gegen Rechtsradikale dürfte für uns in Deutschland immerhin nicht allgänglich sein und darum ein gewisses Interesse haben. Es gibt noch Richter in — Deutschösterreich.



# Der Riesenkampf in Sachsen.

400 000 Textilarbeiter werden ihn aufnehmen.

Die sächsischen Textilindustriellen haben es darauf abgesehen, einen Riesenkampf heraufzubeschwören, einen Kampf, an dem mehr als 400 000 Arbeiter und Arbeiterinnen direkt beteiligt sein werden.

Wie erlinnerlich hatte der Deutsche Textilarbeiterverband in Sachsen vier Lohnsätze gekündigt und an die Unternehmer den Antrag auf Einleitung der Verhandlungen gestellt. Als Antwort darauf kündigten die Unternehmer zunächst drei- und dreißig weitere Tarife.

Am 9. Dezember fanden in Chemnitz Verhandlungen statt, die aber scheiterten, weil die Unternehmer weder selbst ein Angebot machten, noch sich zu irgendwelchen Zugeständnissen bequemen wollten.

Die Vertreter der Arbeiterschaft beantragten nunmehr, die Verhandlungen bis zum 18. Dezember auszusetzen, damit sie die Zeit und Möglichkeit hätten, sich mit ihren Auftraggebern nochmals zu verständigen. Auch dieser Antrag, dessen Annahme eine glatte Selbstverständlichkeit sein mußte, wurde von den Unternehmern abgelehnt.

Es kann also gar kein Zweifel darüber bestehen, daß die Unternehmer der sächsischen Textilindustrie zum Kampfe treiben.

Wie können dazu mit aller Bestimmtheit erklären, daß der Deutsche Textilarbeiterverband diesem Kampf nicht ausweichen wird. Das Elend der Arbeiter und der Arbeiterinnen der sächsischen Textilindustrie ist so groß, die wirtschaftliche Lage der Unternehmungen eine so günstige, daß es geradezu ein Verbrechen wäre, unter das Joch der Unternehmer zu kriechen.

Wenn die Unternehmer nur an ihre Dividenden und Uebergewinne denken, so denkt der Deutsche Textilarbeiterverband an die hunderttausende Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter den düstlichsten Verhältnissen vegetieren, an das Heer der Arbeitslosen, die nicht eingereicht werden können in die Produktion, weil die Löhne der Arbeiter so niedrig sind, daß sie die von ihnen erzeugten Produkte nicht kaufen können, an die hungernden Kinder, die in leiblicher und geistiger Not verkümmern. An sie denkt der Deutsche Textilarbeiterverband in seiner Entschlossenheit, den Kampf gegen ein rücksichtsloses und gewinnlästiges Unternehmertum aufzunehmen.

Sparten eingebrachten Anträge aufgestellt werden, die noch durch weitere Anträge der Mitgliedschaftsvorstände ergänzt werden können. Die Entscheidung über die endgültige Antragstellung zu den Verhandlungen wurde, wie es bisher immer üblich war, der Organisation überlassen.

## Der Arbeitsmarkt in Rheinland-Westfalen.

Ausschaltung der Jugend und der Alten.

Ueber Arbeitsmarkt und Wirtschaftslage in der Rheinprovinz berichtet das Landesarbeitsamt der Rheinprovinz:

Das Gesamtbild des Arbeitsmarktes bleibt trotz der inzwischen eingetretenen Besserung ungünstig. Den hohen Erwerbslosenziffern steht ein im Vergleich dazu nur recht geringer Bedarf an Arbeitskräften gegenüber. Die einzustellenden Arbeitskräfte werden ganz besonders scharf geprüft und ausgelesen. Die Prüfung bezieht sich nicht nur auf besondere Leistungsfähigkeit, sondern auch auf lückenlose Papiere. Bestrafte Leute, auch solche mit geringen Strafen sind kaum unterzubringen.

Es ist schwierig, ältere Leute unterzubringen. Der Anteil der älteren Jahrgänge unter den Arbeitsuchenden steigt, weil die mittleren Jahrgänge herausgezogen werden. Neben den älteren bilden die jüngeren Jahrgänge einen hohen Prozentsatz der Arbeitsuchenden. Trotz aller Bemühungen der Arbeitsämter und der Berufsberatung hat man in den vergangenen Jahren die Belegschaften nicht in der erforderlichen Weise von unten her ergänzt und verjüngt. Das trifft vor allem auf das Gebiet der schweren Industrie und des Bergbaues zu, wo Arbeitsstellen für die jüngeren Jahrgänge infolge der Eigenart dieser Industrien knapp sind.

In den Jahren 1924 und 1925 wurden die älteren mehr gehalten, dann in der Krise abgebaut und können jetzt nicht recht wieder hineinkommen. Durch die Krise und die Rationalisierung ist das Tempo beschleunigt worden, die Anforderungen sind gestiegen, und da können manche nicht mehr mithalten. Wesentlich ist auch die Veränderung der Arbeitsmethoden und die Einführung neuer Maschinen. Die Umstellung darauf gelingt einem Teil der Arbeitskräfte nicht. Das wichtigste Problem bleiben die Jugendlichen. Die Industrie geht jetzt darauf aus, zu produzieren, um an der Konjunkturwelle teilzunehmen und bevorzugt die leistungsfähigen Jahrgänge. Man treibt noch keine Arbeiterpolitik auf lange Sicht und baut nicht systematisch die Belegschaften wieder auf, sondern man produziert. Diese kurzfristige Politik ist eine Folge der allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnisse und ein Zeichen der Unfähigkeit, die nach wie vor besteht. Auf die Dauer müssen diese Störungen des Arbeitsmarktes der Jahrgänge die Produktion schädigen. Es sollte doch zu denken geben, daß heute schon trotz hoher Erwerbslosenziffern stellenweise Fachkräfte fehlen.

## Auch die Hauschuhfabrikanten wollen ausharren.

Köln, 13. Dezember. (Mit.) Der Hauschuhfabrikantenverband hat einstimmig beschlossen, sich mit dem Vorgehen des Schuh- und Schäftefabrikantenverbandes solidarisch zu erklären.

## Sport.

Eishockey Davos—Berlin.

Am Sonnabend zeigte die erst vor kurzer Zeit zusammengestellte deutsche Eishockeymannschaft des Berliner Schlittschuh-Clubs (B.S.C.), daß sie auch Gegner, wie den Hodegklub Davos nicht zu fürchten hat. Vor vollen Tribünen nahm das Spiel um 19 Uhr seinen Anfang, in das bald Tempo auf beiden Seiten kommt. Schon nach knapp einer halben Stunde erzielt Davos das erste Tor, in der zehnten Minute gleicht Berlin aber aus und ist bis zur Pause noch einmal erfolgreich. Mit 2:1 für Berlin wird nach der ersten Halbzeit abgepfiffen. Der zweite Teil des Spiels verläuft kaum weniger interessant, kritische Momente vor beiden Toren. Berlin hat zeitweise auffallend viel Unglück, den Davosern gelingt noch der Ausgleich und die Gegner trennen sich mit 2:2 unentschieden. — Am Sonntag nachmittag trat die Davoser Eishockeymannschaft zum zweiten Male und zwar gegen die Internationalen (Ausländermannschaft) des B.S.C. an. Trotz des „Silbernen Sonntags“ hatte der Sportplatz wieder ein volles Haus. Es gab auch ein Spiel zu sehen, wie es an Tempo, Beschäftigkeit usw. nicht oft überboten werden durfte. Die B.S.C.er befanden sich in glänzender Form. Im ersten Teil des Spiels schoß Berlin fünfmal erfolgreich, Davos kann die Scheiben dagegen nur zweimal einsenden. Nach der Pause erhoht Berlin seine Torzahl auf 11, Davos gelingt nur ein Tor. Mit dem hohen Sieg von 11:3 für Berlin endet das Spiel, das die Zuschauer wiederholt zu Beifallsstürmen zwang.

Verantwortlich für Politik: Dr. Curt Geyer; Wirtschaft: Kurt Götter; Gemeindefortschritt: J. Geisler; Revolution: A. A. Böcher; Sozial- und Contingenz: Fritz Kersch; Anzeigen: Th. Glöck; sämtlich in Berlin. Berlag: Bernhardt-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Bernhardt-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3, hierzu 1 Beilage.

## Die Unfallversicherung im Baugewerbe.

Bericht der Nordöstlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft.

Dem für das Jahr 1925 erschienenen Rechenschaftsbericht der Nordöstlichen Baugewerkschaftsgenossenschaft, Sektion I, entnehmen wir folgende, die Arbeiterschaft interessierende Angaben: Die Zahl der gemeldeten Betriebe hat sich im Berichtsjahr um 852 auf 58 113 erhöht; in diesen Betrieben wurden insgesamt 71 647 Arbeiter beschäftigt; in diesen Betrieben wurden insgesamt 71 647 Arbeiter beschäftigt. Die gezahlte Lohnsumme ist um 71 Proz., von rund 83 Millionen RM. auf rund 142 1/2 Millionen im Berichtsjahr gestiegen. Zur Rentenversicherung, Verwaltungsausgaben usw. hatten die Mitglieder der Sektion I im Berichtsjahr für je 100 RM. Maurerlohn 1,50 RM. gegen 1,75 RM. im Jahre 1924 zu zahlen. Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist von 3293 im Jahre 1924 auf 5871, die der entschädigungspflichtigen — das sind solche Unfälle, für die im Berichtsjahr erstmalig Renten festgesetzt wurden — ist von 172 auf 322 gestiegen. Die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang hat sich verdoppelt; sie ist von 21 im Jahre 1924 auf 42 im Berichtsjahr gestiegen.

Der Berichterstatter tröstet sich damit, daß prozentual keine wesentliche Verschönerung eingetreten sei. Man beachte die folgenden Ziffern. Auf 1000 versicherte Arbeiter kamen Unfälle:

	gemeldete	entschädigungs-	Todesfälle
		pfl. Unfälle	
im Jahre 1924 . . . . .	58,21	3,06	0,87
im Jahre 1925 . . . . .	81,94	4,49	0,59

Wir sehen hier eine wesentliche absolute Verschlechterung. Der Bericht führt die hohe Zahl der Unfälle im Jahre 1925 darauf zurück, daß mehr Hochbauten aufgeführt worden seien, wobei die Unfallgefahr umgekehrt größer ist als bei Flachbauten. Maßgebend für die hohen Unfallziffern ist jedoch vor allem, daß die Unfallverhütungsvorschriften von den Unternehmern nicht in der gehörigen Weise durchgeführt werden, weil die Überwachung dieser Vorschriften mehr als mangelhaft ist. Die Sektion I hat für die Überwachung der Betriebe durch die technischen Aufsichtsbeamten einschließlich der Führung des Bautenregisters im Berichtsjahr 26 113,74 RM. ausgegeben. Das macht bei 5815 Betrieben pro Betrieb und Jahr die horrend Summe von — rund gerechnet — 4,50 RM. oder pro Kopf der Beschäftigten ganze 36 1/2 Pf. pro Jahr. Die Sektion I hat drei technische Aufsichtsbeamte. Es hätte demnach jeder technische Aufsichtsbeamte im Jahr 1925 Betriebe zu kontrollieren gehabt. Das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet kommen auf jeden technischen Aufsichtsbeamten pro Tag mehr als sechs Betriebe zur Kontrolle. Wenn man nun berücksichtigt, daß diese technischen Aufsichtsbeamten in erster Linie die Lohnbücher der Firmen zu prüfen haben, dann ist es unmöglich, daß sie die Arbeitsstellen — das ist der Kernpunkt im Baugewerbe — zur Durchführung der Unfallverhütungsvorschriften, sowie es nötig wäre, überwachen können.

Ganz eigenartig mutet der Bericht an, wo er besagt: „das Biederaussehen der kleinen Renten und der Bauarbeiterstreit (1925) haben zweifellos stark dazu beigetragen, daß die Zahl der entschädigten Unfälle höher ist als in früheren Jahren“. Der Bauarbeiterstreit hat doch nur die eine Wirkung haben können, daß während des Streiks etwa 7 Wochen nicht gearbeitet wurde, füglich hätte die Zahl der Unfälle nicht zunehmen, sondern abnehmen müssen. Das Gleiche gilt bezüglich der „kleinen Renten“. Diese haben

weder direkt noch indirekt einen Einfluß auf die steigende Unfallziffer.

### Sind die Entschädigungen zu hoch?

An Entschädigungen wurden 1925 insgesamt 952 402 RM. gezahlt. Daß dieser Betrag so hoch ist, dafür wird neben der Steigerung der entschädigten Unfälle das „Zweite Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung“ verantwortlich gemacht. Der Bericht enthält darüber folgende Klage:

„Für eine zehnprozentige Erwerbsunfähigkeit wurde nach den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen vierteljährlich 1 RM., bei voller Erwerbsunfähigkeit monatlich 79 RM. Rente gezahlt. Seit dem 1. Juli 1925 beitragen die gleichen Renten monatlich durchschnittlich 10 bzw. 130 bis 150 RM. Ein Kommentar hierzu ist überflüssig.“

Ein Kommentar ist in der Tat überflüssig! Die Verschleierung der wirklichen Tatsachen ist zu offenkundig. Die zehnprozentige Rente hatte bis 1914 einen höheren Geldwert als 10 RM. heute. Unter dem Sinken unserer Marktwährung mußten auch die Renteneinkäufer leiden. Die Renten hatten den Realwert vollständig verloren. Bei der Stabilisierung der Mark wurde eine zehnprozentige Rente sage und schreibe 1 Billion Papiermark = 1 Rentenpfennig aus, da dieser Betrag zu gering war, wurde er von der Post erst gar nicht ausgezahlt. Bis dann durch Verordnung im Jahre 1924 bestimmt wurde, daß die zehnprozentige Rente für drei Monate auf eine Rentenmark festzusetzen ist. Daß dieser Standalöse Zustand durch das „Zweite Gesetz über Änderungen in der Unfallversicherung“ endlich beseitigt wurde, ist nur ein Akt der Gerechtigkeit gegenüber den Unfallrentnern. Dieser Schmerzensschrei der Sektion I ist um so weniger berechtigt, als die heutigen Renten trotz der „Höhe“ noch lange nicht den Realwert haben wie die Rentenbeträge vor dem Kriege.

Dem Bericht ist dann noch in einer recht dürftigen Art einiges von den Sektionen II, III und IV angefügt. Diese umfassen 15 711 Betriebe, und zwar waren:

	im Jahre 1925	bei der Sekt. II	Sekt. III	Sekt. IV
Betriebe vorhanden	8 130	4 485	3 096	
in diesen wurden beschäftigte Arbeiter gezählt	64 779	31 651	24 409	
Unfälle, gemeldete	2 759	1 045	947	
entschädigungspfl. (1925)	294	207	109	

Leider ist die Zahl der Todesfälle nicht angegeben, der Bericht rechnet hier prozentual auf 1000 versicherte Arbeiter bei der Sektion II 0,43; Sektion III 0,44; Sektion IV 0,33 Unfälle mit tödlichem Ausgang. Der Durchschnittslohn eines Arbeiters betrug bei der Sektion I 9,02; Sektion II 6,05; Sektion III 5,31; Sektion IV 1,18 RM.

## Lohn- und Manteltarif der Buchdrucker.

Zum nächsten Termin gekündigt.

Die letzte Gauvorsteherkonferenz des Verbandes der Deutschen Buchdrucker beschloß nach längeren Beratungen, das am 28. Januar 1927 ablaufende Lohnabkommen wie auch den bis zum 31. März 1927 gültigen Manteltarif zum 31. Dezember zu kündigen. Für die Kündigung des Lohnabkommens gab hauptsächlich die seit dem letzten Abschluß eingetretene allgemeine Teuerung den Ausschlag. Als Verbesserungsanträge werden die schon auf dem letzten Verbandstag von einzelnen Mitgliedschaften und

Warten Sie mit Ihren Einkäufen!

**Wir eröffnen Dienstag, d. 14. Dez. vormittags 10 Uhr**

**Wir führen vom Guten das Beste!**

Damen-Konfektion, Pelzjacken, Kleider- und Seidenstoffe, Baumwollwaren und Wäsche, Trikotagen, Schürzen, Strümpfe, Wollwaren, Gardinen, Läufertücher, Bettdecken, Tischdecken, Wolle, Kurzwaren, Besätze, Spitzen, Modewaren, Herrenartikel, Baby-Ausstattungen etc.

In stets größter Auswahl nur gute und erprobte Qualitäten zu billigsten Preisen

Wir übernehmen von unserem früh. Kaufhause Holz & Ascher streng reelle Geschäftsführung und Kulanz sowie unser altbewährtes Geschäftsprinzip

**Großer Umsatz — kleiner Nutzen**

Wir bitten ohne Kaufzwang um Besichtigung unserer vollständig neuausgebauten Geschäftsräume

**Beachten Sie bitte unsere Schaufenster!**

Jeder Kunde erhält beim Einkauf von 5 Mark an ein wertvolles und praktisches Geschenk!

Jedes Kind bekommt ohne Ausnahme ein schönes Spielzeug gratis!

**Kaufhaus Max Holz**

früher Holz & Ascher

Schönhauser Allee 101, Ecke Bornholmer Straße



Der Unglücksfall auf der „Freundschaftsmensur“ Sport oder Unsitte.

Das Schöffengericht Schöneberg hat heute über einen interessanten Fall zu entscheiden, der gerade in den letzten Tagen wieder Gegenstand einer Reichsgerichtsentscheidung gewesen ist.

Der Student Ruschke war mit dem Studenten jur. Bär befreundet. Eines Tages beschloßen sie, eine „Freundschaftsmensur“ auszufechten. Allerdings scheint es mit dieser Freundschaftsmensur doch auch noch eine andere Bewandnis gehabt zu haben, da der Angeklagte auf die Frage des Vorsitzenden über die Motive, die beide zu der Mensur veranlaßt haben, sich nicht äußern wollte.

da er ein kümmerliches Dasein führte. Die Sachverständigen, Prof. Dr. Straßmann und Dr. Störmer erklärten, daß es nicht festzustellen sei, wodurch die Blutvergiftung entstanden sei. Die Infektion konnte von den Bandagen, von dem Schläger oder durch die inneren Blutbahnen gekommen sein.

Dies der nüchterne Sachverhalt. Ueber die Schlägermensur selbst in Verbindung mit der Reichsgerichtsentscheidung wird noch einiges zu sagen sein. Die Zuhörer und die Zeugenbänke sind von Studenten der schlagenden Verbindungen eng besetzt.

Der Staatsanwalt glaubte den Tatbestand des Paragraphen 206, der mit der Mindeststrafe von zwei Jahren Festung denjenigen bedroht, der im Zweikampf seinen Gegner tötet, als gegeben und beantragte zwei Jahre Festung. Rechtsanwalt Dr. Sad bestritt die Auffassung des Reichsgerichts und wollte nicht gelten lassen, daß es sich hier um einen Zweikampf handele, und daß der Schläger eine tödliche Waffe vorstelle. Er beantragte daher Freispruch.

Das Gericht verurteilte den Angeklagten Ruschke nach längerer Beratung zu fünf Monaten Gefängnis. Es verneinte den Tatbestand des § 206, der dem im Zweikampf zugefügten Tod mit Festungshaft bedroht, und kam zu einer Verurteilung aus dem § 205, der den Zweikampf überhaupt unter Strafe stellt.

und Brand ist derjenige gewesen, der schließlich 2000 Mark an Flöte gezahlt hat. Wo der Schmutz geblieben ist, konnte bisher nicht festgestellt werden. Der Angeklagte Flöte ist trotz seiner Jugend schon fünfmal wegen Diebstahls verurteilt, so daß bei ihm das straffährende Moment des Rückfalls in Frage kommt.

Der „Silberne Sonntag“.

Der gestrige sogenannte „Silberne Sonntag“, an dem die Geschäfte nachmittags ihre Pforten offen hielten, hatte außerordentlich große Menschenmengen in die Innenstadt gebracht. Die Geschäftsviertel waren überlaufen; nicht nur auf den Straßen, sondern in den Kaufhäusern selbst mußte oft zu einer energischen Verkehrsregelung gegriffen werden.

Ueberschwemmung in Tempelhof.

In der Berliner Straße zu Tempelhof pläzte gestern abend gegen 1/7 Uhr ein Hauptwasserrohr und setzte die Straße auf mehrere hundert Meter Länge unter Wasser. Wir erfahren hierzu folgendes: In der Berliner Straße, etwa auf der Höhe der Paradenstraße, werden gegenwärtig für die im Bau befindliche Nord-Süd-Bahn starke Eisenträger eingerammt.

Schweres Sturmunglück in Norwegen. Auf der Rjukanbahn wurde ein aus zwei Personenwagen und zwei Güterwagen bestehender elektrischer Zug, der infolge einer Unterbrechung der Stromzufuhr halten mußte, vom Sturm umgeworfen. Die meisten Passagiere hatten auf Erboden des Schaffners die Wagen vorher verlassen.

Freispruch im Hahlocher Explosionsprozeß. In dem Prozeß wegen des Hahlocher Explosionsunglücks kamen heute die Sachverständigen zu Wort, von denen die meisten die Ansicht vertraten, daß es sich bei der Explosion eher um eine solche von Aether handelte.

22 Verletzte bei einem Autounfall. Ein Auto, das täglich Arbeiter von Epe nach den Fabriken in Enschede (Westfalen) bringt, stürzte Freitag abend, als ihm ein anderes Fahrzeug in die Flanke fuhr, um 22 Insassen wurden verletzt, davon drei schwer.

Geschäftliche Mitteilungen.

Reueöffnung Kaufhaus Max Holz. Wir weisen hiermit auf die am Dienstag, den 14. Dezember, vormittags 10 Uhr, stattfindende Reueöffnung des modernen Kaufhauses, Max Holz, Schönhauser Allee 101, Ede Bornholmer Straße, hin.

Einbrecher beim japanischen Botschafter. Ein nächtlicher Schlafzimmersbesuch.

Die japanische Botschaft am Platz der Republik hat in der Nacht zum Sonntag den Besuch von Einbrechern erhalten, die mit außerordentlicher Dreistigkeit den Weg zum Zimmer des schlafenden Botschafters suchten und das Wertvollste, das sich in der Eile finden ließ, mitnahmen.

Die Botschaft liegt in einem Häuserdreieck, das auf einer Seite vom Reichstagsufer begrenzt wird. Das hier gelegene Haus Nr. 3 wird augenblicklich abgeputzt und ist mit einem hohen Gerüst versehen. Diese Gelegenheit benutzten die Einbrecher zum Aufstieg. Sie gelangten auf das Dach der zur Botschaft gehörenden Kegelbahn. Auf diesem gingen sie entlang, bis sie an das Hauptgebäude kamen. Sie zertrümmerten eine Luke, stiegen ein und drangen bis in das Schlafzimmer des Botschafters vor.

Selbstmordversuch eines Oberbahnhofoversehers. In seinem Dienstbureau auf dem Bahnhof Grünwald suchte gestern abend gegen 1/11 Uhr der Oberbahnhofoverseher Scheu seinem Leben durch Erschießen ein Ende zu machen. Scheu brachte sich aus einer Selbstladepistole einen Schuß in die Lunge bei. Von hinzueilenden Bahnangestellten wurde Scheu schwerverletzt am Boden liegend aufgefunden. Er wurde in das Westender Krankenhaus geschafft.

Messerhelden!

Vier Menschen schwer verletzt.

In der Nacht zum Sonntag spielten sich wieder an zwei verschiedenen Stellen der Stadt blutige Szenen ab, bei denen vier junge Menschen so schwer verletzt wurden, daß sie bestimmungslos in Krankenhäuser eingeliefert werden mußten.

Gegen 3 1/2 Uhr morgens fanden Passanten vor dem Hause Agnarstraße 10 drei junge Männer mit schweren Stichwunden und blutüberströmte bestimmungslos auf dem Bürgersteig liegen. In dem Halbdunkel konnten sie noch mehrere andere junge Burschen eilig davonlaufen sehen. Die Bemühten wurden zunächst nach der Rettungsstelle und von dort, wo ihnen Kotoverbände angelegt worden waren, in das Birchow-Krankenhaus geschafft. Die Messerstücke hatten Kopf, Brust und Arme getroffen.

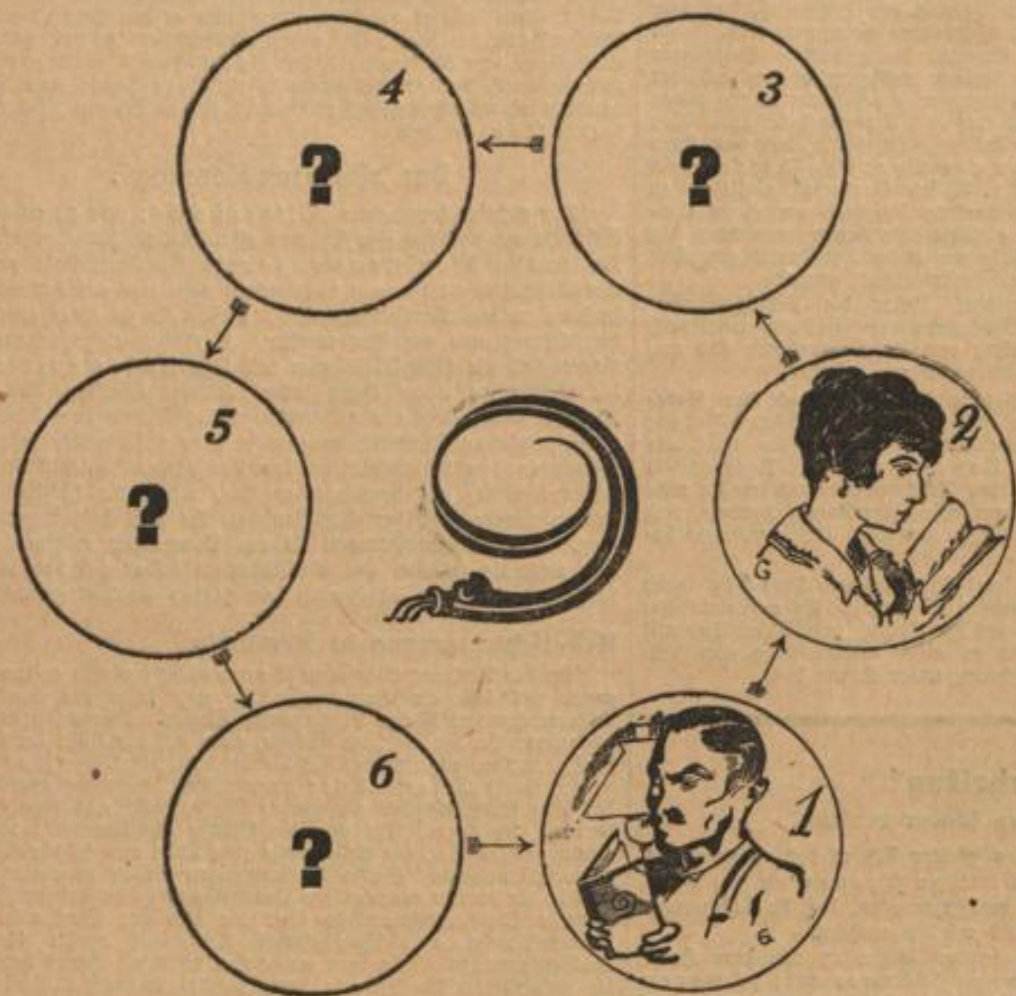
Der Winzer Juwelenraub. Vor dem Schöffengericht Mitte gelangte heute der Juwelenraub in Bad Binn auf Rügen zur Aburteilung. Die Straffache ist dem Berliner Gericht überwiesen worden, weil die Täter und sämtliche Helfer in Berlin anfänglich sind.

Reueöffnung Kaufhaus Max Holz. Wir weisen hiermit auf die am Dienstag, den 14. Dezember, vormittags 10 Uhr, stattfindende Reueöffnung des modernen Kaufhauses, Max Holz, Schönhauser Allee 101, Ede Bornholmer Straße, hin.

Advertisement for OBERST 5 cigarettes. Features an image of a cigarette pack and text: 'Neue Mischung', 'Neue Packung', 'Angewöhnliche Milde und doch Charakter fordert der moderne Raucher von einer guten Cigarette. In unserer neuen OBERST 5 findet dieses Verlangen eine überraschend glückliche Lösung.' Manufacturer: Waldorf-Astoria Cigarettenfabrik A.G.



# Um uns dreht sich alles



wenn es heißt, ein Buch — als bestes Weihnachtsgeschenk! — zu kaufen.

## 2. Sie

wird ihre Freude an einem dieser Bücher haben:

**Alexandra Kollontay: Wege der Liebe**

Das erste Buch über die Frau im neuen Rußland. Geheftet M. 3.— Ganzleinen M. 6.50

**Heinrich Schulz: Jan Kiekindiewelt**

Ein Jahr aus seinem Leben . . . . . Ganzleinenband Mk. 2.75

**Grotjahn: Das Gesundheitsbuch der Frau**

Mit besonderer Berücksichtigung des geschlechtlichen Lebens. 3. Aufl. 1926, Halbl. 4.—

**Dr. Erna Meyer: Der neue Haushalt**

Ein Wegweiser zu wirtschaftlicher Hausführung . . . Ganzleinenband Mk. 6.50  
Verblüffend praktische Ratschläge und Winke zur Vereinfachung und Verbilligung der Hauswirtschaft.

**Ich kann handarbeiten**

Illustriertes Hausbuch für die Techniken der weiblichen Handarbeit. 400 S. Halbl. 4.—

**Ich kann kochen**

Das Kochbuch für alle. Jubiläumsausgabe, 400 Seiten. Halbleinenbd. Mk. 5.—  
Inhalt: Die Küche — Zahmes Fleisch — Wild — Fische — Gemüse — Obst — Milch und Ei — Mehl, Zucker, Gallert — Getränk — Feine Küche — Küche des Auslandes — Moderne Geselligkeit u. a.

**J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H.**  
Berlin SW 68, Lindenstr. 2 (Sortimentsbuchhandlung)

Beachten Sie bitte unser nächstes Inserat!

Verschiebe deine Einkäufe an Bilderbüchern, Jugendschriften, Geschenkwerten aller Art, Malador-Bankkästen, Spielzeug nicht auf die letzte Minute!

### Theater, Lichtspiele usw.

**Städtische Oper**  
Charlottenburg  
7 Uhr:  
**Aida**  
G. Stückgold,  
S. Onégin,  
A. Baumann.  
Abonn.-Turnus IV

**Gr. Schauspielhaus**  
Täglich 8 1/2 Uhr  
**Von Mund zu Mund**  
CHARELL-REVUE

**Deutsches Theater**  
Norden 10334-38  
8 Uhr:  
**Neldhardt v. Gneisenau**  
von Wolfgang Goetz  
Regie: Heinz Hilpert

Mittw., Donnerstag  
u. Sonnab. nm. 4 Uhr  
die neue Kinder-  
revue Fankheisel-  
manns Märch.-Reise  
mit Alfred Braus

**Kammerspiele**  
Norden 10334-38  
8 1/2 Uhr:  
**Karussell**  
von Louis Verneuil  
Morgen 8 Uhr:  
Bühne: Ollapotrída

Theat. z. Hollendorferpl.  
Kurfürst 2091  
8 Uhr:  
**Max Adalbert**  
in  
**„Das Skel“**

**Die Komödie**  
Bismarck 2414, 7516  
8 Uhr:  
**Die Gefangene**  
Von Bourdet  
Regie: M. Reinhardt

8 Uhr  
**Kleines Th.**  
**Dirnen-  
tragödie**  
Sonn- u. Feiert. 4 Uhr:  
Schneewitzchen  
Vater: Kappek • Th.

**Volksbühne**  
Theater am Oblewitzpl. Th. am Schiffbauerdamm  
8 Uhr  
**Nachfasyll**  
Morgen 8 Uhr:  
**Nachfasyll**  
Das Grabmal  
des unbekannt  
Soldaten.

**Wallner-Theater**  
Der große  
Erfolg! Täglich  
8 1/2 Uhr:  
**Das Stiftungsfest**

**CASINO-THEATER** 8 Uhr  
Heute  
**Mister Cornedbeef**  
Gutschein: Faustul 1 Mk., Sessel 1.50

8 Uhr  
**Winter-  
Garten**  
Variete  
Rauchen  
gestaffelt

**Berliner Ulk-Trio**  
Neukölln, Lehstr. 74/78

**Reichshallen-Theater**  
Abends 8 Uhr, Sonntag nachm. 3 Uhr  
**Stettiner Sänger**  
Das wundervolle  
Weihnachts-Programm!  
Nachm. halbe Preise!  
Volles Programm  
**Dönhoff-Brett!**  
VARIETE - KONZERT - TANZ

**Albert Springare**  
Großgarage und Tankstelle  
Tag und Nacht geöffnet  
**Auto-Reparatur-Werkstatt**  
Fernspr. Norden 1276 u. Alexander 4376  
Lothringer Str. 107, Ecke Linien-  
straße 14, am Prenzlauer Tor.

**Auf Teilzahlung!**  
Herren-  
Damen-  
Mäntel, Ulster, Palots, An-  
züge, Joppen.  
**Garderobe**  
**MÖBEL**  
Schlaf-, Speise-, Herrenzimmer,  
Küchen, Einzelmöbel, Federbetten.  
**Aniel, Gr. Frankfurter Str. 34**  
Strausberger Platz

**Mal- u. Zeichen-  
Bedarf**  
**L-Juergens**  
Alexanderplatz

Zarte, junge Fett-  
**Gänse 1.10**  
frische, dtisch. Ware,  
10-16 Pfund schwer.  
Wegner, Berlin 50,  
Mariannenstraße 34.

10 PF.  
100 MARK  
Quittungs-, Rabatt-  
u. Reklamemarken  
gegen Nachzahlung  
gesetzl. gesch.  
fertig seit 48 Jahr.  
als Spezialität  
**Conrad Müller**  
Schkonditz-Leipzig

**H. J. FRIEDLAENDER'S**  
**Stoffe**  
Für Herren und Damen  
sind die besten  
aber auch die billigsten  
**Spandauer Str. 23**  
am Rathaus  
**Bettledern Adolf Pohl**  
Dresdener Straße 15  
(Fabrikgebäude)

Nur der Stempel  
**Original Beifema**  
bürgt für die Echtheit unserer ver-  
besserten, elastischen u. geräuschlos.  
**Patent-Ketten-Matratze**  
Patentamtlich geschützt Nr. 876 999.  
Für schwerste Belastung. Überall erhältlich.  
20 Jahre Garantie  
**Berliner Feder-Matratzen-Fabrik**  
Berlin O 27, Krautstraße 4-5

**Metallbetten 10<sup>50</sup>**  
**Schlafhaiselongues 24.-**  
Fabrikpreise Ratenzahlung  
**Göhr** Berlin, Pappelallee 12  
Pankow, Schmidtstr. 1  
frei jeder Bahnstation.

**Verkäufe**  
Bekleidungsstücke, Wasche usw.

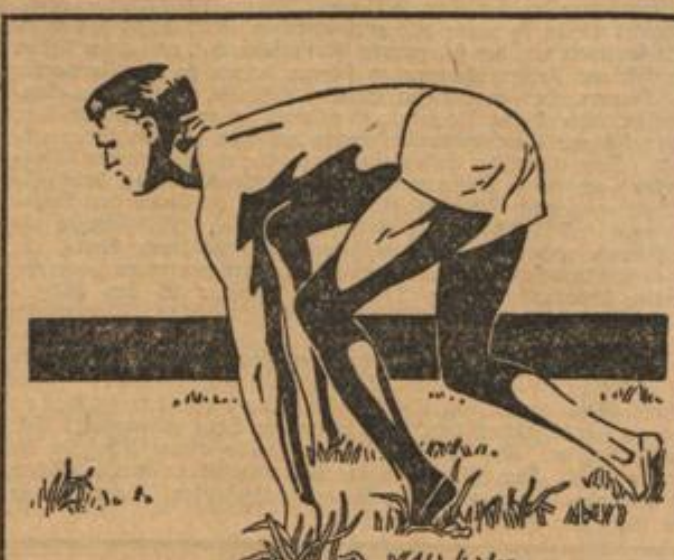
**Möbel**  
Ohne Waschung: Bettwäsche, Ger-  
binnen, Teppiche, Stopp, Divan, Tisch-  
decken, 12 Kissenstücken, Wagner, Ei-  
slingentische 47 L.  
Wenig getragene Federmatten, Um-  
fangsmatten, Gehrdenkmäler, Jodestich-  
stühle, Wappentische, Günstig-Anzüge,  
Kollennähte, für jede Figur passend,  
Spezialität: Daubensänge, sportbillig,  
Halbvern, Hofentwässer, 4. erste Etage.  
Verleih von hochlegierten Gefäß-  
schiffsaßeln. Hofentwässerstraße 4,  
Norden 6398.

**Musikinstrumente**  
Wieners preiswert. Klaviermacher,  
Einf. Brunnenstraße 55.

**Fahrräder**  
Drei Mark Wochenrate, 15 Mark An-  
zahlung, für ein erstklassiges Rad.  
Kaufhaus, Rohrbachhaus Zentrum, Einien-  
straße neunzehn.

**Verschiedenes**  
**Geldverkehr**  
Bühnen-Schneider, Klempnerstr. 14,  
unweit Jannowbrücke, Beschäftigung  
von Wäsche, Herrengarderobe, West-  
joden usw.

Besonders **billig!** wirksam sind die KLEINEN ANZEIGEN in der Gesamtauflage des „Vorwärts“ und



**Sport baut die Fehler des Körpers ab, frische Früchte bauen den idealen Körper auf!**

Schlank und rank sein, das ist die Forderung des Tages; doch nicht alle Naturen neigen zur modernen und mondänen Linie, trotz körperlicher Betätigung. Ja trotz unerhörter und opfervoller Sportarbeit. Der Grund des körperlichen Versagens liegt immer in dem Ernährungsfehler: zu wenig frische Früchte! Die Erneuerung des Blutes, die Belebung der Nervenzentren, die Wandlung des Fettes in Muskelsubstanz, wird durch die aromatische Frucht bewirkt. Sport und frische Früchte sind untrennbare Mittel zur Kraft und Schönheit.

**Esst mehr Früchte**  
und Ihr bleibt gesund!

Täglicher Genuß frischer Früchte ist kein Luxus, sondern Notwendigkeit. Frische Früchte gibt es zu jeder Jahreszeit — Das Fruchtkochbuch ist zum Preise von 25 Pfg. in allen Buchhandlungen zu haben.